Angst vor der Atombombe

In der Konfrontation mit Iran hat der UN-Sicherheitsrat eine Reihe von Optionen / Sanktionen könnten auch dem Westen schaden

VON OLIVER THRÄNERT

Der Konflikt zwischen Iran und der Staatengemeinschaft geht in die nächste Runde, wenn sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wohl im März mit den umstrittenen Nuklearprojekten Teherans befassen wird. Mögliche Sanktionen des Sicherheitsrat werden dabei allerdings zunächst nicht im Mittelpunkt der Debatten stehen.

Grundsätzlich ist es auch weiterhin erforderlich, behutsam vorzugehen, schon um den sehr schwierigen internationalen Koalitionsbildungsprozess nicht zu gefährden. Denn dieser Prozess ist Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln im Sicherheitsrat sowie – sollte es dazu kommen – bei der effektiven Umsetzung von Sanktionen.

Im Vordergrund dürfte es deshalb der Staatengemeinschaft zunächst darum gehen, der schon lange im Raum stehenden Forderung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) gebührend Nachdruck zu verleihen, dass Iran alle Aktivitäten einstellt, die zu einem vollen nuklearen Brennstoffkreislauf führen würden – also auch die Urananreicherung. Als Instrumente könnten dafür eine UN-Resolution oder zunächst nur eine Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates dienen.

Der Konflikt um Irans Atomprogramm ist nicht neu, er hat bereits einen längeren Vorlauf. Schon in den neunziger Jahren hatte die Regierung von US-Präsident Bill Clinton verhindert, dass Teheran eine Urananreicherungsanlage aus Russland bezieht, mit der es hoch angereichertes Uran für Waffenzwecke hätte herstellen können.

Offenbar wandten sich die Iraner aber daraufhin an das Netzwerk des pakistanischen „Vaters der Bombe", Abdul Qadeer Khan. Er war bereit, Zentrifugen, Bauteile und Blaupausen für die von Teheran begehrte Urananreicherungstechnik zu liefern. Im August 2002 berichteten iranische Exilgruppen, dass Teheran inzwischen im Begriff war, eine gigantische Urananreicherungsanlage in Natanz zu bauen. Die Pläne waren bis dahin völlig geheim gehalten worden. Hinzu kam die Erkenntnis, dass Iran über Jahre seine Melde- und Inspektionspflichten gegenüber der IAEO nicht eingehalten hatte.

In dieser Situation entschlossen sich Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die EU-3, eine kooperative Lösung zunächst außerhalb des UN-Sicherheitsrates anzustreben. Iran sollte freiwillig auf die Urananreicherung verzichten, um damit international verspieltes Vertrauen zurückzugewinnen. Gleichzeitig boten die EU-3 an, die europäisch-iranischen Beziehungen auf eine breite Basis politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu stellen. Im August 2005 schlug Teheran das europäische Angebot aber aus und bezeichnete es als Beleidigung der iranischen Nation.

Die wichtigen Bemühungen der EU

Dennoch haben sich die europäischen Bemühungen aus drei Gründen gelohnt:

- Die Europäer haben gezeigt, dass sie das Problem der Verbreitung von Atomwaffen sehr ernst nehmen. Sie haben diplomatische Entschlossenheit und – trotz Spaltungsversuchen seitens Irans – Geschlossenheit bewiesen. Das war nach den Zerwürfnissen um den Irak-Krieg 2003 sehr wichtig.
- Auch wenn die Verhandlungen keine konkreten Ergebnisse erbrachten, hat die Tatsache, dass sie überhaupt stattfanden, die Bildung einer internationalen Koalition enorm erleichtert.
- Schließlich konnten die Europäer den Iranern Zugeständnisse bei der Durchführung von Inspektionen abringen. Daher ist heute mehr – wenn auch längst nicht alles – über das iranische Atomprogramm bekannt.

Es scheint nun angemessen, sich im UN-Sicherheitsrat mit dem Thema zu befassen. Denn diese Institution ist geschaffen worden, sich internationalen Problemen wie Verstößen gegen die Nichtverbreitungsverträge anzunehmen. Dieser Schritt muss, wie gesagt, nicht notwendigerweise mit einer politischen Eskalation verknüpft sein.

Allerdings hat Teheran bereits auf die jüngste Entscheidung des IAEO-Gouverneursrates vor knapp zwei Wochen, den Sicherheitsrat zu informieren, verärgert reagiert und die Arbeitsmöglichkeiten der IAEO-Inspektoren im Land eingeschränkt. Dies ist insofern ein Schritt in die falsche Richtung, als die Aufklärung einer ganzen Reihe kritischer Fragen über Art und Umfang des dortigen Atomprogramms somit erheblich erschwert worden ist.

Sollte sich an der Haltung Irans nichts Grundsätzliches ändern, wird sich der UN-Sicherheitsrat über kurz oder lang mit möglichen Sanktionen befassen müssen. Täte er dies nicht, und würde er zulassen, dass Iran mit seinem Atomprogramm fortfährt, ohne eine volle Aufklärung seines Ausmaßes und Zieles sicherzustellen und den IAEO-Forderungen nachzukommen, würde der Sicherheitsrat sich selbst politisch schwer beschädigen.

Doch auch dann würde sich ein schrittweises Vorgehen empfehlen. Denn es wird weiterhin ebenso auf Entschlossenheit wie auf Geschlossenheit ankommen. Zugleich müssen sich alle Beteiligten darüber im Klaren sein, dass Sanktionen auch eigene Opfer verlangen, die vermutlich ungleich verteilt sein dürften. Es erscheint durchaus weise, militärische Optionen nicht unter allen Umständen auszuschließen, auch wenn man sie möglichst vermeiden will. Nur so kann einerseits die Kooperation mit Washington dauerhaft sichergestellt und andererseits der gebührende Druck auf Teheran ausgeübt werden. Zugleich sollte Iran signalisiert werden, dass die Tür zu diplomatischen Lösungen offen bleibt. Politische und wirtschaftliche Anreize sollten möglich sein, falls Iran auf die UN-Forderungen eingeht.

Welche Sanktionen kämen in Frage?

Ein erster Sanktionsschritt könnten Visa-Beschränkungen für Repräsentanten des iranischen Regimes sein. Zwar ist es mehr als fraglich, ob Teheran daraufhin zum Einlenken bereit wäre. Vermutlich würden im Gegenzug Reisen nach Iran ebenfalls beschränkt werden.

Als wirkungsvoll könnte sich ein Waffenembargo erweisen, wenn es über längere Zeit effektiv durchgesetzt würde. Allerdings wäre davon besonders die russische Rüstungsindustrie betroffen. Allein im vergangenen Jahr hat Moskau Militärgüter im Wert von 5,1 Milliarden Euro an Iran geliefert. Auch eine Beendigung der Zusammenarbeit beim Bau und Betrieb von Kernkraftwerken käme zwar für Iran einem erheblichen Prestigeverlust gleich, würde aber auch Opfer von der russischen Nuklearindustrie verlangen, die Teheran weitere Atomkraftwerke verkaufen möchte.

Irans Wirtschaft ist durch Sanktionen durchaus verwundbar, da sie auf ausländische Investitionen vor allem im Öl- und Gassektor angewiesen ist. Die eigenen Raffineriekapazitäten reichen nicht aus, um genügend Benzin für den heimischen Bedarf herzustellen. Iran könnte seinerseits mit einer Einstellung seiner Öllieferungen reagieren und damit den internationalen Ölpreis in die Höhe treiben – eine Entwicklung, die alle Industrienationen fürchten. Zugleich wären andere Erdöllieferanten daran nicht unbedingt interessiert, da die Ölkonsumenten sich dann noch schneller auf die Nutzung anderer Energieträger konzentrieren würden.

Irans Präsident Mahmud Ahmadined-

Fortsetzung ->

Fortsetzung

schad könnte hoffen, von einer internationalen Konfrontation zu profitieren und die Stellung der ihn stützenden Revolutionsgarden noch weiter zu stärken. Für andere Entscheidungsträger wie den religiösen Führer Ayatollah Ali Khamenei und den weiterhin einflussreichen Ali Akbar Rafsandschani steht aber der Erhalt des Regimes im Vordergrund. Gut möglich, dass sie im Zuge von Sanktionen nach Möglichkeiten einer Gesicht wahrenden Lösung suchen würden. Dann schlüge erneut die Stunde der hohen Diplomatie, bei der die Europäer sicher wieder eine wichtige Rolle zu spielen hätten.

Weitere Berichte auf Seite 24 und Seite 25

DER AUTOR

■ **Oliver Thränert**, Jahrgang 1959, ist promovierter Politikwissenschaftler und leitet die Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik" der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Zuvor arbeitete Thränert von 1986 bis 2001 im Referat „Internationale Politikanalyse" der Friedrich-Ebert-Stiftung.

BILD: SWP

■ **Die SWP** ist ein unabhängiges Forschungsinstitut, das auf Basis eigener praxisbezogener Forschung Bundestag und Regierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät. FR